

Vielen Feuerwachen fehlen Brandmelder

Die Zerstörung eines Feuerwehrhauses in Stadtallendorf löst auch bei Brandschützern im Landkreis Alarm aus

Von Jörg Kleine

Goslar. Ein Feuer im mittelhessischen Stadtallendorf hat am Mittwoch einen nagelneuen Feuerwehrstützpunkt vernichtet. Menschen wurden nicht verletzt, aber der Sachschaden ist immens. Nach ersten Schätzungen sind es 20 bis 25 Millionen Euro, denn außer dem Gebäude wurden auch sämtliche Fahrzeuge zerstört.

Erst im Januar 2024 feierte die Feuerwehr in Stadtallendorf (knapp 22.000 Einwohner) die offizielle Eröffnung der Feuerwache. Allein der Bau kostete rund 16 Millionen Euro, wie die Oberhessische Presse damals berichtete. Allerdings waren just im nagelneuen Feuerwehrbau weder eine Brandmeldeanlage noch Videokameras installiert. So ließ der Großbrand vom Mittwoch nicht nur in Hessen, sondern auch unter Brandschützern im Landkreis Goslar aufhorchen.

Umfrage im Landkreis

In Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Hotels, großen Verkaufsmärkten oder in zahlreichen Industriebauten sind Brandmeldeanlagen vorgeschrieben. Ausgerechnet für Feuerwachen gilt das aber nicht, das ist in Niedersachsen nicht anders als in Hessen. Somit sind auch im Landkreis Goslar insbesondere viele ältere Feuerwehrgebäude nicht entsprechend ausgestattet.

Gerade bei den neueren und größeren Feuerwachen im Landkreis sind die Sicherheitsstandards höher, wie eine GZ-Umfrage in Städten und Gemeinden ergibt. Hier sind Brandmeldeanlagen eingebaut – auch wenn sie gesetzlich nicht explizit vorgeschrieben sind. Bei allem Mitgefühl für die ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen in Mittelhessen herrschte deshalb auch bei den heimischen Feuerwehrchefs teils ungläubiges Staunen, dass im nagelneuen Feuerwehrstützpunkt von Stadtallendorf eine Brandmeldeanlage fehlte.

An falscher Ecke gespart

16 Millionen Euro für eine neue Feuerwache, dazu moderne Einsatzfahrzeuge und Geräte in der Garage, aber keine 50.000 bis 60.000 Euro für eine Brandmeldeanlage? „Für mich steht das in keinem Verhältnis“, sagt Goslarer Stadtbrandinspektor Christian Hellmeier: „Die haben meines Erachtens an der falschen Ecke gespart.“

Welches Bild ergibt sich aus der GZ-Umfrage im Landkreis Goslar? ▶ In der Kreisstadt Goslar verfügen



Einsatz im hessischen Stadtallendorf: Der nagelneue Stützpunkt hatte keine Brandmeldeanlage. Foto: picture alliance/dpa/Rinde

aktuell drei von elf Feuerwachen über eine Brandmeldeanlage – in der Kernstadt Goslar, Immenrode und Wiedelah.

▶ Auch die Feuerwehrtechnische Zentrale (FTZ) der Kreisfeuerwehr in Goslar ist mit einer Brandmeldeanlage ausgerüstet, sagt Kreissprecherin Marieke Düber.

▶ In der Stadt Bad Harzburg sind die neuen Feuerwehrhäuser in Harzburg und Bündheim mit Brandmeldeanlagen ausgestattet.

▶ In der Stadt Braunlage haben die neuen Feuerwachen in Braunlage und St. Andreasberg eine Brandmeldeanlage, in Hohegeiß gibt es Rauchmelder.

▶ In der Stadt Clausthal-Zellerfeld ist laut Ortsbrandmeister Sven Küster von den fünf Feuerwachen die Schwerpunktwehr in Clausthal-Zellerfeld mit einer Brandmeldeanlage ausgerüstet, Altenau, Wildemann, Buntenbock und Schulenberg somit nicht.

▶ In der Stadt Langelsheim verfügt der vor zehn Jahren errichtete Neubau in Langelsheim über eine Brandmeldeanlage, die anderen elf Feuerwachen nicht, erklärt Stadtbrandmeister Matthias Brunke.

▶ In der Gemeinde Liebenburg mit ihren acht Feuerwachen ist das Gebäude in Othfresen mit funkvernetzten Rauchmeldern ausgerüstet. Für den in Liebenburg geplanten Neubau sei eine Brandmeldeanlage zumindest „auf dem Schirm“, erklärt Gemeindebrandmeister Christoph Schubert.

▶ In der Stadt Seesen soll die für rund 20 Millionen Euro geplante

neue Feuerwache mit einer Brandmeldeanlage ausgerüstet werden, schildert Stadtbrandmeister Jürgen Warnecke. Für die anderen Häuser gebe es eine Lösung mit funkvernetzten Rauchmeldern.

Einsatzfähigkeit sichern

Die Anforderungen für die Zukunft sind aus Sicht der heimischen Feuerwehrchefs klar: Brandmeldeanlage für die Feuerwachen muss möglichst ausgeweitet werden, wie Christian Hellmeier deutlich macht. „Ich habe für alle elf Feuerwachen Brandmeldeanlagen gefordert“, sagt der Goslarer Stadtbrandmeister. Zumal bei den Feuerwehren auch immer mehr Akkus und Ladegeräte im Einsatz sind, was die Brandgefahr erhöht. So wird in Stadtallendorf derzeit spekuliert, dass ein überhitzter Akku das Unglück ausgelöst haben könnte.

Auch in Langelsheim seien Brandmeldeanlagen generell für alle Feuerwehrhäuser bei der Stadt angemeldet, erklärt Matthias Brunke – bislang aber nicht umgesetzt. Brandmeldeanlagen können dabei nicht nur Leben retten, sie dienen zugleich dem Schutz von Einrichtung, Vermögenswerten und Einsatzfähigkeit, wie Christian Hellmeier verdeutlicht: Allein die Bestellzeit für ein neues Feuerwehrfahrzeug betrage mitunter bis zu drei Jahre. Wenn, wie in Stadtallendorf, ein Feuerwehrstützpunkt samt Autos und Geräten komplett vernichtet werde, „liegt der Brandschutz für viele Jahre lahm“, unter-

streicht Hellmeier – mit allen Konsequenzen für die Sicherheit der Bevölkerung.

Dann kommt der Rotstift

In der kommunalpolitischen Realität fehlt es mitunter nicht nur an Geld, sondern auch an Einsicht. „Wir sind Fachleute, werden als Fachleute bestellt, tragen die volle Verantwortung und sitzen bei sämtlichen öffentlichen Bauten mit am Tisch“, macht Jürgen Warnecke klar. „Doch dann kommt oft der Rotstift“, fügt der Seesener Stadtbrandmeister an. Die DIN-Norm für Gebäude sei aber nur „das Mindeste, was erforderlich ist“.

Als Beispiel nennt er Planungen für die neue Feuerwache in Seesen: Stellplätze von Feuerwehrfahrzeugen müssen nach DIN-Norm mindestens 4,50 Meter breit sein. Moderne Feuerwehrautos seien jedoch schon 2,50 Meter breit, die offenen Türen jeweils einen Meter. Das ergibt bereits 4,50 Meter. Als Klemmschutz seien eigentlich zu beiden Seiten nochmals 50 Zentimeter erforderlich. „Wir haben uns jetzt nach langer Diskussion auf 4,80 Meter geeinigt“, resümiert Warnecke.

Die Frage sei gleichermaßen, „wie viel und was die Kommunen bezahlen können“, sagt Christoph Schubert. Bei wachsenden Aufgaben und Anforderungen sieht der Liebenburger Gemeindebrandmeister auch Bund und Land stärker in der Pflicht, den Kommunen unter die Arme zu greifen.

Erfahrungsaustausch über Solaranlagen

Neuwallmoden. Die Energie-Ressourcen-Agentur Goslar lädt für Sonntag, 27. Oktober, nach Neuwallmoden zu einer sogenannten Watt-Wanderung ein: Es handelt sich um einen Erfahrungsaustausch privater Betreiber über Solaranlagen.

Treffpunkt ist um 14 Uhr bei Familie Kraume-Flügel Zum Westenberg 3. Vorgestellt werden vier Solaranlagen und möglicherweise eine Balkonanlage, die von Eigenheimbesitzern betrieben werden. Ein Kurzer Spaziergang führt von Haus zu Haus, heißt es in einer Mitteilung.

Die Eigentümer berichten von ihren Erfahrungen mit den Solaranlagen. Danach folgt eine Informationsveranstaltung im Dorfgemeinschaftshaus Neuwallmoden. Die Teilnahme ist kostenlos, aber auf 20 Teilnehmer begrenzt. Anmeldungen im Internet unter: www.era-goslar.de/termine.

„Stille Helden“: Vortrag über Carl Lutz

Goslar. Der Kreisverband Goslar der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) lädt für Montag, 28. Oktober, zu einem Vortrag in die Goslarer Höfe ein. Die Geschichtspräsidentin Erika Rosenberg berichtet über das Leben von Carl Lutz, der in Ungarn während des Zweiten Weltkriegs 63.000 Juden vor dem Tod rettete. Zu dem Vortrag, der um 18 Uhr beginnt, lädt die GEW zusammen mit dem Verein Spurensuche sowie dem Goslarer Bündnis gegen Rechtsextremismus ein. Erika Rosenberg hatte unter der Überschrift „Stille Helden“ in Goslar bereits über das Leben von Oskar und Emilie Schindler berichtet. Weil der Vortrag sehr gut besucht war, folgt nun ein Vortrag über den Schweizer Diplomaten Carl Lutz.

Tipps für Weiterbildung und für Qualifizierung

Harz. Die Arbeitsagentur bietet am Mittwoch, 23. Oktober, eine Online-Beratung über die Möglichkeiten beruflicher Veränderungen und Weiterbildungen an. Die 90-minütige Veranstaltung beginnt um 10 Uhr. Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldungen sind online unter folgender Adresse möglich: www.evee-no.com/berufsberatung-im-erwerbshilfen. Das Angebot richtet sich vor allem an Arbeitnehmer, die sich für eine Weiterbildung oder Qualifizierung interessieren, aber auch an Beschäftigte, die nach einer familienbedingten Pause wieder ins Berufsleben einsteigen möchten.

Ein Fortschritt bei der Prostatakrebs-Diagnose

Praxis für Nuklearmedizin in Goslar bietet dank eines neuen Medikaments spezielles Verfahren an – Arzt schwärmt von neuem Standard

Von Oliver Stade

Goslar. Das Gerät steht bereits seit 2010 in der nuklearmedizinischen Praxis am Krankenhaus in Goslar und wird eingesetzt, um Krebserkrankungen früh zu erkennen. Aber erst jetzt ist ein Medikament auf dem Markt, um damit Prostatakrebs diagnostizieren zu können. Vorige Woche wurde solch eine Untersuchung erstmals in Goslar und der Region vorgenommen, berichtet der Nuklearmediziner Dr. Frank Straube (53) vom Harzer PET-Zentrum an der Kösliner Straße.

Straube spricht von einem „wichtigen Meilenstein“ in der Früherkennung von Prostatakrebs in der Region. Das Verfahren setze einen neuen Standard in der Diagnose. Das Gerät kostete seinerzeit 1,4

Der Goslarer Nuklearmediziner Dr. Frank Straube vor dem PET/CT-Diagnostik-Gerät, das zwei Tomographie-Verfahren verbindet und zur Krebsfrüherkennung beitragen soll.

Foto: Privat



Millionen Euro und trägt einen komplizierten Namen: F18-PSMA-PET/CT. Während in der Radiologie eine Röntgenstrahlung oder Magnetfeld auf den Patienten einwirkt, wird in der Nuklearmedizin ein schwach radioaktives Präparat, ein Radiopharmakon, gespritzt, um

die vom Körper ausgehende Strahlung messen zu können. Straube erklärt, wie das Großgerät funktioniert: Der radioaktive Marker F18, der sich im Namen des medizinischen Geräts findet, ermöglicht es, ein Eiweiß abzubilden, das sich vermehrt auf Prostatakrebszellen zeigt.

Das PET (Positronen-Emissionstomographie) bilde die Aktivität von Krebszellen ab, während die CT-Technik (Computertomographie) präzise anatomische Bilder liefere.

Straube sagt, sein PET-CT diene nicht nur dazu, um festzustellen, ob Prostatakrebs vorliegt. Es zeige auch, in welchem Stadium sich die Erkrankung befindet. Die Technik sei wichtig, um eine Therapie vorbereiten zu können, wenn der Krebs sich ausgebreitet habe. Mit einer speziellen Therapie (Lutetium-177-PSMA) könnten Krebszellen bestrahlt und zerstört werden.

Die Untersuchung verlaufe schonend, sei aber aufwendig. Der Patient bekomme den Marker F18-PSMA gespritzt. Das Mittel müsse sich 90 Minuten im Körper anrei-

chern, bevor die etwa 30-minütige Untersuchung im PET-CT-Gerät beginne, um hochauflösende Bilder zu liefern. Das radioaktive Medikament sei nur zwei Stunden haltbar, es werde nachts in Berlin, Leipzig oder Bonn hergestellt und dann sofort geliefert. Pro Patient koste das Radiopharmakon 1500 Euro.

400 Untersuchungen hat Nuklearmediziner Straube mit seinem Gerät pro Jahr vorgenommen. Ein Problem bleibt aber: Nicht alle Untersuchungen werden von der gesetzlichen Kasse bezahlt, bei Lungenkrebs zahle sie, bei Brustkrebs nicht, und bei einer F18-Untersuchung für die Prostatakrebs-Erkennung zahle die gesetzliche Kasse nur in Ausnahmefällen. Private Kassen würden sie „in der Regel“ übernehmen.